

## Affäre um «Staatstrojaner» weitet sich aus

### Skandal um staatliche Überwachungsprogramme in Deutschland

Der Wirbel um den sogenannten «Staatstrojaner» weitet sich aus: Selbst Bundeskanzlerin Merkel will sich über die Erkenntnisse «auf dem Laufenden halten lassen». In der Zwischenzeit mehren sich Hinweise, dass der vom Chaos Computer Club untersuchte Trojaner aus Bayern stammt.

(Reuters/ddp) Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich in die Trojaner-Affäre eingeschaltet, bei der immer stärker die Landesbehörden ins Visier geraten. «Die Bundeskanzlerin wird sich zum Ergebnis der Untersuchungen auf dem Laufenden halten lassen», sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin. Nachdem die Bundesregierung den Einsatz eines illegalen Spähprogramms dementiert hat, soll das Bundeskriminalamt nun prüfen, ob die Landesbehörden einen solchen Trojaner eingesetzt haben. Auch Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger forderte Aufklärung darüber, ob ein oder mehrere Länder mit dem Trojaner Computer ausspähten.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich versicherte erneut, es gebe keine Hinweise, dass es sich bei dem Spähprogramm um einen Bunde Trojaner handle. «Computer-Überwachungsmassnahmen finden ausschliesslich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben statt, in jedem der wenigen Ausnahmefälle nach Anordnungen von Gericht beziehungsweise Staatsanwaltschaften», erklärte der CSU-Politiker. Konkrete Hinweise auf Einsatz bei Landeskriminalämtern

CCC-Sprecher Frank Rieger erklärte, der Club habe sehr konkrete Hinweise, dass das Spähprogramm bei verschiedenen Landeskriminalämtern zum Einsatz gekommen sei. Das aktuellste Muster stamme vom Dezember 2010, sagte er der Internetausgabe der «Bild»-Zeitung. Das Blatt zitierte den Rechtsanwalt Patrick Schladt mit den Worten, einer der Trojaner stamme von der Festplatte eines seiner Mandanten. Es handle sich um einen «Screenshot»-Trojaner, der von den bayerischen Behörden kontrolliert worden sei.

Der CCC hatte am Wochenende erklärt, er habe die Software eines Staatstrojaners geknackt, die von Sicherheitsbehörden zur Überwachung der Kommunikation von Verdächtigen benutzt werde. Dieses Programm nehme wesentlich umfassendere Eingriffe vor als gesetzlich erlaubt und habe zahlreiche Sicherheitslücken, die Dritten Zugriff auf die Daten der Abgehörten gebe.

Leutheusser-Schnarrenberger forderte Aufklärung, ob ein derartiger Trojaner bei einer Behörde zum Einsatz komme. Das Bundesverfassungsgericht habe klar die Vorgabe gemacht, dass dies nur unter strengen Auflagen zulässig sei, sagte sie der ARD. «Wenn es das gäbe, was der Chaos Computer Club behauptet, dann wäre das ja nicht mit unserem Recht und der Rechtsprechung vereinbar», betonte die Ministerin. «Dann müssen geeignete Wege gefunden werden, das zu untersagen.»

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Februar 2008 die Online-Durchsuchung zur Strafverfolgung und präventiven Zwecken unter strengen Auflagen für zulässig erklärt. Voraussetzung ist, dass eine konkrete Gefahr für Menschenleben oder den Bestand des Staates existiert. Ausserdem muss ein Richter die Online-Durchsuchung anordnen; intime Daten müssen geschützt bleiben oder sofort gelöscht werden. Das BKA darf laut dem BKA-Gesetz von 2008 private Computer heimlich ausspähen. Das Verfahren sollte nach den Worten des damaligen Innenministers Wolfgang Schäuble aber nur in wenigen, sehr gewichtigen Fällen im Kampf gegen den Terrorismus angewandt werden.

### **Spur führt nach Bayern**

Nach Einschätzung der Grünen stammt das Programm womöglich aus Bayern. «Das Landeskriminalamt in Bayern hat nachweislich in mindestens fünf Fällen Computer mit Trojanern ausgeforscht und dabei auch Screenshots angefertigt», sagte die Grünen-Innenexpertin Susanna Tausendfreund am Montag in München. Daher dränge sich der Verdacht auf, dass der nun entdeckte Bundestrojaner in Wahrheit ein Bayern-Trojaner sei.

Das Landgericht Landshut hatte im Januar 2011 Computerüberwachungen des bayerischen LKA mittels eines eingeschleusten Trojaners als rechtswidrig eingestuft, da mit dem Programm auch tausende Fotos der Bildschirmoberfläche gemacht wurden. Auch der nun gefundene Bundestrojaner kann den Angaben zufolge zum Anfertigen von Screenshots verwendet werden und weist zudem Sicherheitslücken auf.